

ORH-Bericht 2000 T Nr. 21

Zuschüsse für ein Deutsch-Amerikanisches Institut (DAI)

Jahresbericht des ORH

In einem mit staatlichen Mitteln bezuschussten DAI wurde vor allem ein Briefmarkenhandel betrieben. Für die eigentlichen Aufgaben des Instituts wäre eine deutlich geringere Sach- und Personalausstattung ausreichend gewesen. Die Aufsichtsgremien und das Staatsministerium als Zuschussgeber sind ihrer Kontrollpflicht nicht nachgekommen.

Beschluss des Landtags

vom 14. März 2001
(Drs. 14/6032, Nr. 2 c)

Die Staatsregierung wird ersucht, nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen dem Landtag erneut zu berichten.

Stellungnahmen des StMUK

vom 11. April 2003
(II.3-K 1043.3 -1.22 549) und
vom 18. November 2003
(II.3-K 1043.3 -1.127 549)

Nach Mitteilung des Staatsministeriums wurden die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Oktober 2003 eingestellt, da vor allem kein konkreter Nachweis strafbarer Handlungen möglich war. Auch zivilrechtliche Ansprüche ließen sich angesichts der Einstellungsverfügung nach Mitteilung der BFD Regensburg nicht mit Erfolg durchsetzen. Das Staatsministerium hat deshalb die BFD Regensburg gebeten, das Verfahren nicht fortzuführen. Aus den gleichen Gründen haben auch die Stadt Regensburg und das Auswärtige Amt auf eine weitere Verfolgung ihrer Rechtsansprüche verzichtet.

Anmerkung des ORH

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

vom 11. Februar 2004

Kenntnisnahme